

Schrettl, Wolfram; Dittmann, Katherina; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrooten, Mechthild

Article

Russlands Wirtschaft auf riskantem Kurs: Sinkende Gewinne, beschleunigtes Wachstum des privaten Konsums

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schrettl, Wolfram; Dittmann, Katherina; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrooten, Mechthild (2002) : Russlands Wirtschaft auf riskantem Kurs: Sinkende Gewinne, beschleunigtes Wachstum des privaten Konsums, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 6, pp. 89-106

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151118>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Russlands Wirtschaft auf riskantem Kurs

Sinkende Gewinne,
beschleunigtes Wachstum des privaten Konsums

Wolfram Schrettl
wschrettl@diw.de

Katherina Dittmann
kdittmann@diw.de

Hella Engerer
hengerer@diw.de

Maria Lodahl
mlodahl@diw.de

Mechthild Schrooten
mschrooten@diw.de

Während die großen Volkswirtschaften der Welt, vor allem die USA, Japan und Deutschland, mit wirtschaftlicher Stagnation oder Rezession kämpfen, zählt Russland zu den wenigen Ländern, die auch im vergangenen Jahr ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten. Insgesamt blickt Russland nun auf drei erfolgreiche Jahre zurück. Eine ungelöste Frage ist, ob und wie lange der gegenwärtige Aufschwung noch anhalten wird. Nach Einschätzung des DIW Berlin¹ befindet sich das Wirtschaftswachstum Russlands weiterhin auf einem Kurs, der deutliche Gefahren in sich birgt. Die institutionellen Reformbemühungen sind zwar hochwillkommen, es bedarf jedoch zusätzlich einer wirtschaftspolitischen Kurskorrektur, um die Dauerhaftigkeit des Wirtschaftswachstums zu sichern. Vor allem sind bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Rückgang der Gewinne gestoppt wird. Obwohl sich das Wachstum in wichtigen Bereichen im Jahre 2001 bereits spürbar verlangsamt hat und dies als Warnzeichen empfunden werden sollte, gibt es derzeit nur unzulängliche Ansätze zu einer Kurskorrektur.

Deutliche Wachstumsverlangsamung

Das Wachstum des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag im Jahre 2001 mit etwa 5 % bereits deutlich unter dem des sehr erfolgreichen Vorjahres (über 8 %, Tabelle 1). Die Abschwächung fiel in wichtigen Wirtschaftsbereichen noch wesentlich stärker aus. So sank die Wachstumsrate der Industrieproduktion von 11,9 % auf nur noch 4,9 %. Ausgeprägt war die Verlangsamung auch bei den Bruttoanlageinvestitionen (von 17,7 % auf 8,7 %). Der vergleichsweise geringe Rückgang des BIP-Wachstums erklärt sich auf der Produktionsseite durch die sehr gute Getreideernte sowie eine rege Bautätigkeit und auf der Verwendungsseite durch das hohe und sogar beschleunigte Wachstum des privaten Verbrauchs.

Die entscheidenden Ursachen für die immer noch ansehnliche Aufwärtsbewegung sind weiterhin nicht in den von Präsident Putin eingeleiteten Reformen zu sehen – so sehr diese auch zu begrüßen sind –, sondern sie finden sich in den Entwicklungen unmittelbar nach der Krise von 1998. Im Gefolge der damaligen drastischen Abwertung des Rubels (er verlor gegenüber dem US-Dollar zunächst etwa 80 % seines Wertes) wurde die russische Volkswirtschaft in zweierlei Hin-

¹ Das DIW Berlin führt im Rahmen des TRANSFORM-Programms der Bundesregierung und in Kooperation mit der Staatsuniversität, Höhere Schule für Ökonomie, Moskau, einen deutsch-russischen Dialog zu Fragen der Wirtschaftspolitik. Teile des vorliegenden Berichts basieren auf Ergebnissen dieses Dialogs.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 6/2002

69. Jahrgang / 7. Februar 2002

Inhalt

Russlands Wirtschaft auf riskantem
Kurs Seite 89

Unkorrigiert!

Sperrfrist:
Mittwoch, 6. Februar 2002, 17 Uhr!
Für Agenturen:
Sendesperrfrist
Mittwoch, 6. Februar 2002, 8 Uhr,
mit Sendesperrfristvermerk:
„Freigabe zur Veröffentlichung:
Mittwoch, 6. Februar 2002, 17 Uhr“

A 22127 C

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren in den Jahren 1990 bis 2001

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt ¹	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-3,4	0,9	-4,9	3,2	8,3	5,0 ⁷
Industrieproduktion ¹	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	2,0	-5,2	8,1	11,9	4,9
Bauwirtschaft	-5,0	-2,0	-36,0	-8,0	-24,0	-6,0	-16,0	-6,0	-5,0	6,0	11,5	9,9
Agrarproduktion ¹	-3,6	-5,0	-9,0	-4,0	-12,0	-8,0	-5,1	1,5	-13,2	4,1	5,0	6,8
Bruttoanlageinvestitionen ¹	0,1	-15,0	-40,0	-12,0	-24,0	-10,0	-18,1	-5,0	-12,0	5,3	17,7	8,7
Gütertransportvolumen ²	.	-7,4	-23,6	-5,0	-24,3	-10,2	-17,7	-9,8	-5,3	5,3	6,3	.
Gütertransportvolumen ³	.	-7,4	-13,9	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,4	5,2	4,8	3,1
Einzelhandelsumsatz ¹	12,0	-3,2	-3,0	1,9	0,1	-7,0	-4,1	4,7	-3,3	-7,7	8,7	10,8
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher ¹	10,2	-17,0	-18,0	-30,0	-38,0	-18,0	-5,8	3,3	-0,5	2,4	5,7	.
Nominale Geldeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	18,0	120	750	1030	360	158	46,1	22,7	5,8	58,3	32,4	31,2
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte ⁴	.	7,5	-50,5	11,2	13,0	-15,0	-0,8	6,3	-16,9	-15,8	9,3	5,9
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81,0	994	878	276	114	57,3	20,2	10,6	43,4	46,0	45,5
Reallöhne und -gehälter	.	-3,0	-33,0	0,4	-8,0	-28,0	6,4	4,7	-13,4	-22,8	20,9	19,8
Renten, real	.	.	-48,1	30,7	-3,2	-19,5	8,7	-5,4	-4,8	-39,4	28,0	22,6
Verbraucherpreise ⁵	6,0	160	2510	840	215	131	21,8	11,0	84,4	36,5	20,2	18,6
Industrielle Erzeugerpreise ⁵	4,0	240	3280	895	233	175	25,6	7,5	23,2	67,3	31,6	10,7
Warenexport (in US-\$)	.	.	.	11,3	13,2	20,1	9,3	-0,3	-15,9	1,3	39,5	-2,6 ⁷
Warenimport (in US-\$)	.	.	.	3,1	14,0	20,6	12,9	7,0	-19,8	-31,7	13,5	17,8 ⁷
Arbeitslosenquote ⁶	.	.	5,2	6,0	7,7	9,0	9,9	11,2	11,9	11,7	10,2	9,0

1 Real.

2 Auf Tonnenbasis.

3 Auf Basis Tonnen-Kilometer.

4 1991 bis 1993: Dezember zu Dezember des Vorjahres; von 1994 an Jahresdurchschnitt.

5 1990: Jahresdurchschnitt, von 1991 an: Dezember zu Dezember des Vorjahres.

6 Am Periodenende; ILO-Methodik.

7 Vorläufige Angabe des russischen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, zitiert nach Interfax vom 28. Januar 2002.

Quellen: Goskomstat: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 129, 177, 352; Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 14 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 254; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 7, 8, 179 und 182; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 7–8, 103 ff. und 284; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g., Moskau 1999, S. 7–8, 105, 260, 279; Rossijskij statističeskij ežogodnik 2000, Moskau 2000, S. 406, 564 und 578; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 2000 g., Moskau 2000, S. 7–8 und 199; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 23.01.2002.

DIW Berlin 2002

1998er Rosskur wirkt noch ...

sicht einer Rosskur unterzogen: Zum einen gingen die Importvolumina schnell und kräftig zurück (um fast 50 %), und die Nachfrage wurde von den verteuerten Importen auf heimische Produzenten umgelenkt (Importsubstitution). Zum anderen ergab sich eng mit der Abwertung verknüpft, eine scharfe Reduzierung der Reallöhne (um zunächst weit mehr als 30 %). Die Folge war eine Kostenentlastung für die Unternehmen. Hinzu kam der für Russland glückliche Umstand kräftig anziehender Weltmarktpreise für Energieträger, was zu stark steigenden Exporterlösen führte. Zusammen genommen ließen diese Entwicklungen die Gewinne im Unternehmenssektor zunächst geradezu explodieren. Dies schlug sich sehr bald in zweistelligen Wachstumsraten bei den Investitionen nieder.

... aber immer weniger

Die drei genannten Faktoren haben damals ein dickes Polster geschaffen, doch schrumpft dieses nun schon seit mindestens zwei Jahren. Die Weltmarktpreise für Energie, auf die Russland wenig Einfluss hat, sind wieder auf unter die Hälfte ihres zwischenzeitlichen Spitzenwertes gefallen – zuletzt sehr kräftig. Die russischen Reallöhne wachsen seit zwei Jahren mit exorbitanten Raten von etwa 20 %. Die Nominallöhne stiegen 2001 sogar um über 45 %.

Die zusätzliche nominale Kaufkraft wird, wegen des kaum veränderten Wechselkurses des Rubels, auf ausländischen Märkten weitgehend als zusätzliche reale Kaufkraft wirksam (reale Aufwertung). Es kann daher nicht verwundern, dass die Nachfrage wieder zunehmend auf die schnell erschwingerlicher werdenden Importgüter umgelenkt wird. Das Wachstum der Importe liegt dementsprechend hoch (bei 18 %).² Die Exporterlöse (in US-\$) gingen dagegen sogar zurück (-2,6 %³). Berücksichtigt man, dass die Exporterlöse noch im Jahre 2000 um etwa 40 % zugenommen hatten, kommt dies einer Vollbremsung gleich. Auf der Importseite bietet sich eine fast entgegengesetzte Dynamik.

Insgesamt haben diese Entwicklungen im Jahre 2001 zu einem ausgeprägten Rückgang sowohl beim Handels- und Leistungsbilanzüberschuss als auch bei den realen Gewinnen im russischen Unternehmenssektor geführt. Letzteres hat entscheidend zur starken Verlangsamung des Wachstums der Anlageinvestitionen beigetragen.

2 Die Importe aus dem Westen („Nicht-GUS“) stiegen sogar um 27 %. Vorläufige Angabe des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, zitiert nach Interfax vom 28. Januar 2002.

3 Vorläufige Zahlen; vgl. Izvestija vom 17. Januar 2002.

Konsumboom

Wie schon erwähnt, wurde das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahr 2001 – von der Verwendungsseite her gesehen – vor allem vom hohen und noch beschleunigten Anstieg des privaten Verbrauchs getragen. Der reale Einzelhandelsumsatz wuchs um etwa 11 % (nach 9 % im Vorjahr). Dabei expandierte der Umsatz von Nichtnahrungsmitteln überproportional.⁴ Dem Konsumboom steht die drastische Verlangsamung beim Wachstum der Anlageinvestitio-

nen gegenüber. Auch die Staatsausgaben wirkten deutlich restriktiv (siehe Abschnitt Haushaltslage).

Auf der Einkommenseite des Bruttoinlandsprodukts sind die aggregierten Unternehmensgewinne im Jahre 2001 stark zurückgegangen (real um mehr als 7 %⁵), nach einer noch sehr kräftigen Zunahme im Vorjahr. Im Verlauf des Jahres 2001 beschleunigte sich der Abwärtstrend deutlich.⁶ Hervorsticht der stark überproportionale Rückgang der Gewinne in der Industrie (um mehr als 16 %). Dabei waren vor allem die Bereiche Eisen und Stahl sowie Brennstoffe und NE-Metallurgie – also exportintensive Zweige – vom Gewinnrückgang betroffen.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im Jahre 2001 real wieder kräftig – um etwa 6 % – gewachsen (Abbildung 1). Dabei stiegen die Reallöhne mit 20 % und die realen Renten mit fast 23 % weit überdurchschnittlich. Wegen des raschen Anstiegs der Reallöhne ist mittlerweile der Kostenvorteil, der dem Unternehmenssektor aus dem Reallohnrückgang nach der Krise von 1998 entstanden war, fast völlig wieder aufgezehrt worden. Die übrigen Einkommen der privaten Haushalte – vor allem die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, insbesondere die ausgeschütteten Gewinne – waren dagegen stark rückläufig (im Jahresdurchschnitt um etwa 22 %).

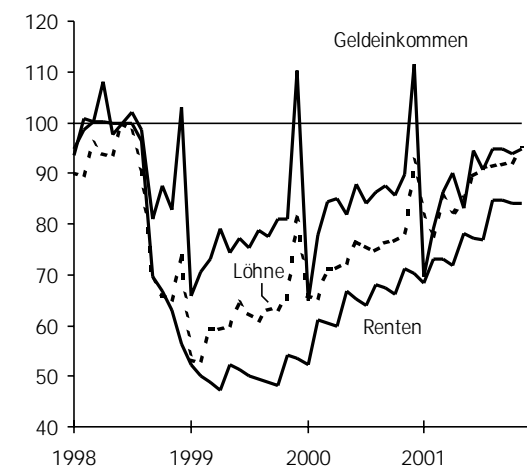
Abbildung 1

Reale Einkommen der privaten Haushalte 1998 bis 2001

Geldeinkommen¹, Löhne und Renten

Index, Juni 1998 = 100

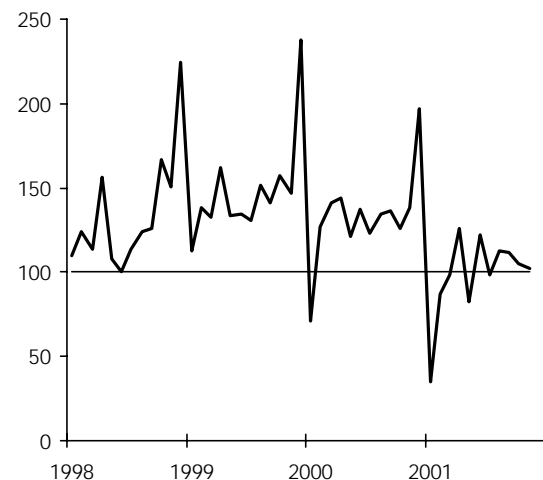
Starke Lohnsteigerungen



Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie sonstige Einkommen

Index, Juni 1998 = 100

Sinkende Gewinneinkommen



¹ Summe der Geldeinkommen der privaten Haushalte.

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999 goda, S. 180, 185; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' – avgust 2001, S. 119; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 16.01.2002; Berechnungen des DIW Berlin.

Strukturelle Anpassungen, Beschäftigung, Preise

Gewinne und Investitionen

Die Gegenüberstellung der Struktur von Gewinnen und Investitionen zeigt neuerlich, dass auf den Bereich Wohnungswirtschaft zwar ein beträchtlicher Teil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen entfällt, diesem aber keinerlei Gewinne gegenüberstehen (Abbildung 2). Die Kluft ist in diesem Sektor am ausgeprägtesten. Die Wohnungswirtschaft lebt also am stärksten von den Ressourcen anderer Wirtschaftsbereiche. Die wesentlichen Gründe für die Verluste dürften in den nicht kostendeckenden Mieten und Ansätzen für Wohnnebenkosten sowie in der Ineffizienz bei der Bereitstellung der entspre-

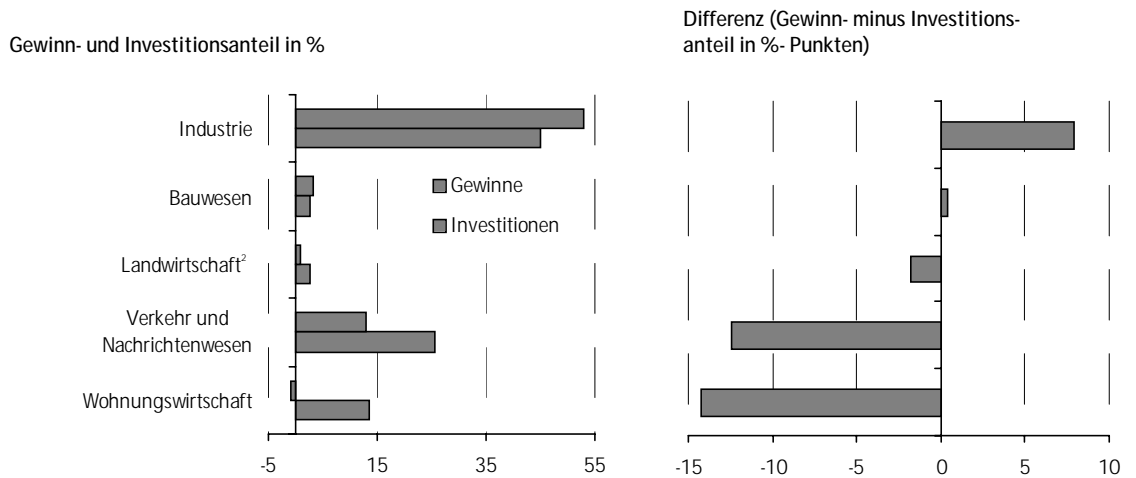
⁴ Dies zeigte sich auch bei den Importen: Nach vorläufigen Zahlen nahmen sie im Jahre 2001 bei Nahrungsmitteln um 16 %, bei Nichtnahrungsmitteln um 69 % und bei Pkw um 73 % zu. Vgl. Izvestija vom 17. Januar 2002.

⁵ Vgl. Vedomosti vom 22. Januar 2002. Es handelt sich um die saldierten Bilanzgewinne (Erträge abzüglich Verluste). Verfügbar sind nur Daten für große und mittlere Unternehmen. Die in der russischen Statistik ausgewiesenen Angaben zu Gewinnen unterliegen zwar einer Reihe von erheblichen Bedenken, die grundlegenden Trends geben sie jedoch nach Einschätzung des DIW Berlin zutreffend wieder.

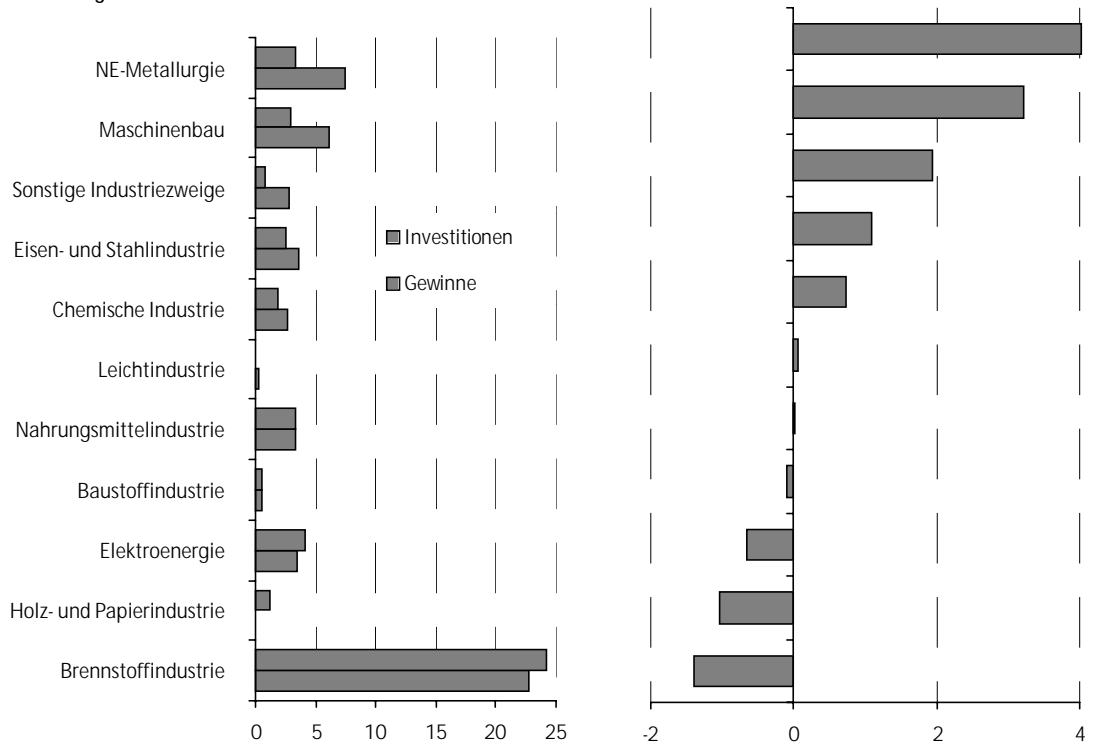
⁶ Waren die gesamtwirtschaftlichen Gewinne noch im August 2001 im Vorjahresvergleich um 9 % zurückgegangen, so betrug der Rückgang im September schon 11 % und im Oktober 17 %. Goskomstat, zitiert nach Moscow Times vom 19. Dezember 2001. In der Industrie sind die Gewinnrückgänge nach vorläufigen Angaben noch wesentlich kräftiger ausgefallen.

Abbildung 2

Anteile der Wirtschaftszweige an den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen und Investitionen 2001¹



Industriezweige



¹ Basierend auf den Angaben für das 1. Halbjahr 2001. Neuere Daten sind bislang nicht verfügbar.

² Angaben für das Jahr 2000.

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' – ijul' 2001 goda, Moskau 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

Wohnungswirtschaft – ein Fass ohne Boden?

chenden Dienstleistungen liegen. Nicht von ungefähr zählen Reformen auf dem Gebiet der kommunalen Wohnungswirtschaft zu den wichtigsten und – weil sie Preiserhöhungen bedeuten – zugleich heikelsten Politikvorhaben.

Im Sektor Verkehr und Nachrichtenwesen dürften die Probleme anders liegen. Zwar verzehrt auch er

Nettoressourcen, dies dürfte aber auf Investitionen – etwa im Bereich Pipelinebau und Telekommunikation – zurückzuführen sein, die eher mit kostenorientierter marktwirtschaftlicher Preisbildung und damit langfristig mit Gewinnen verbunden sind.

Die weitaus höchsten Anteile sowohl an den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen als auch an den ge-

Tiefe Spuren des Ölpreisrückgangs

samtwirtschaftlichen Investitionen finden sich in der Industrie. Auch im Jahre 2001 überstiegen die Anteile der Gewinne die der Investitionen, allerdings in wesentlich geringerem Maße als noch im Vorjahr. Innerhalb der Industrie weisen die Brennstoffzweige zwar weiterhin den mit Abstand größten Anteil sowohl an den Gewinnen als auch an den Investitionen auf, die Gewinnanteile sind jedoch im Jahre 2001 – anders als noch im Vorjahr – hinter die Investitionsanteile zurückgefallen. Damit ist die Brennstoffindustrie, in nahezu völliger Umkehrung der im Vorjahr herrschenden Verhältnisse, zum größten Nettoempfänger von Ressourcen innerhalb der Industrie geworden. Dies ist hauptsächlich auf den Rückgang der Weltmarktpreise für Energieträger zurückzuführen. Im Verlauf des Jahres 2001 nahm die Problematik schärfere Formen an. Zuletzt wurde mit der ausdrücklichen Begründung, dass die Finanzmittel im Brennstoffsektor nicht mehr ausreichen, um die auch von der Regierung erwünschten Investitionen zu finanzieren, mit Wirkung zum 1. Februar 2002 der Exportzoll auf Rohöl um nicht weniger als 70 % auf nunmehr 8 US-\$ pro Tonne gesenkt.⁷ Die daraus resultierende Lücke im Föderationshaushalt dürfte den in der russischen Diskussion zitierten Betrag von monatlich 140 Mill. US-\$ eher noch übersteigen.

Investitionsfinanzierung ohne Finanzmärkte

Die häufig wiederholte Forderung nach funktionsfähigen Finanzmärkten zur Abwicklung der Finanzintermediation zwischen den Wirtschaftsbereichen ist nach wie vor berechtigt. Denn noch immer werden weniger als 4 % der gesamtwirtschaftlichen Investitionen über Bankkredite finanziert, auch wenn

deren Volumen zuletzt deutlich zugenommen hat. Die Finanzierung über Unternehmensanleihen gewinnt jüngst – ausgehend von einem ebenfalls niedrigen Niveau – an Gewicht.⁸ Die Transformation der Ersparnisse (hier: Gewinne der Unternehmen) in Investitionen findet in Russland, soweit die Gewinne nicht im jeweiligen Unternehmen selbst investiert werden, vornehmlich über die öffentlichen Haushalte und neuerdings zunehmend über direkte Unternehmenskäufe statt, auch über Branchengrenzen hinweg.⁹ Selbst für den Bereich der Landwirtschaft sind zahlreiche Fälle des Einstiegs von industriellen „Oligarchen“ bekannt geworden.

Produktion

Das Produktionswachstum in der Industrie war im Jahre 2001 um mehr als die Hälfte niedriger als im Vorjahr (Tabelle 2). In einzelnen Industriezweigen nahm die Abschwächung sogar drastische Ausmaße an. Besonders betroffen war die Eisen- und Stahlindustrie, die sogar leicht schrumpfte, nachdem sie im Jahre 2000 noch um fast 16 % zugelegt hatte. Die Baustoffproduktion hat im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte der Dynamik vom Vorjahr eingebüßt, obwohl die Bauwirtschaft zu den Sektoren

⁷ Vgl. Prime-TASS vom 21. Januar 2002 sowie die Äußerungen von Ministerpräsident Kasjanov, in: The Moscow Times vom 10. Januar 2002. Nach unbestätigten Meldungen soll die Senkung des Importzolls nun doch partiell wieder rückgängig gemacht werden. Vgl. z. B. Reuters vom 29. Januar 2002. Dies zeigt die politische Brisanz der Problematik.

⁸ Vgl. The Economist vom 26. Januar 2002.

⁹ Bildung von Konglomeraten nach koreanischem Vorbild – in Russland mit dem Begriff „Chaebolisierung“ bezeichnet.

Tabelle 2

Entwicklung der Industrieproduktion nach Branchen in den Jahren 1990 bis 2001

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Industrie insgesamt ¹	0	-8	-18	-14	-21	-3	-4	2	-5,2	8,1	11,9	4,9
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2	-2	-2,5	0,2	2,3	1,6
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-2	-3	0	-2,5	2,4	4,9	6,1
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	9	-4	1	-8,1	14,4	15,7	-0,2
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	1	-5	5	-5,0	8,5	11,3	4,9
Chemische und petrochemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	7	-11	2	-7,5	21,7	13,1	6,5
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1	-10	-15	-16	-38	-8	-11	4	-7,5	15,9	20,0	7,2
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-5	-22	1	-0,4	17,2	13,4	2,6
Baustoffindustrie	-1	-2	-20	-16	-29	-8	-25	-4	-5,8	7,7	13,1	5,5
Leichtindustrie	0	-9	-30	-23	-47	-31	-28	-2	-11,5	20,1	20,9	5,0
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-9	-9	-1	-1,9	7,5	14,4	8,4
Mühlen- und Futtermittelindustrie	-0,3	-6,5	2,3

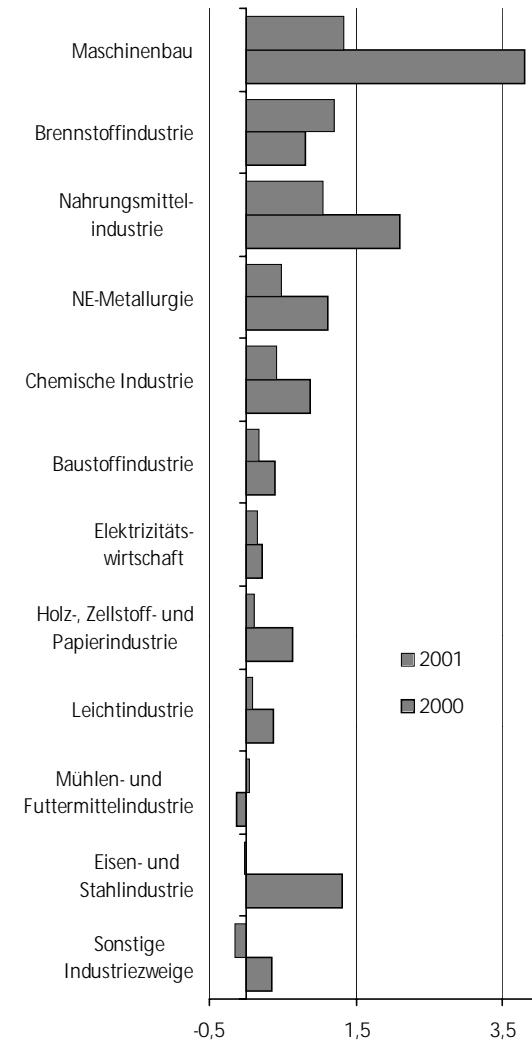
¹ Von 1994 an einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. Bei den Daten für die einzelnen Branchen sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfasst.

Quellen: Goskomstat: Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 367; Rossijskij statističeskij ežogodnik 1996, Moskau 1996, S. 492; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 26–27; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g., Moskau 1999, S. 16; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 23.01.2002.

Abbildung 3

Beiträge der Branchen zum Wachstum der Gesamtindustrie 2000 und 2001

In %-Punkten¹



¹ Die Summe der Wachstumsbeiträge ergibt die Wachstumsrate für die Industrie von 4,9 % im Jahre 2001 (im Jahre 2000: 11,9 %).

Quellen: Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 21.01.2002; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2002

ren zählt, die von der allgemeinen Wachstumsverlangsamung ausgenommen blieben (vgl. Tabelle 1). Dem generellen Abwärtstrend am stärksten entziehen konnte sich die Brennstoffindustrie, deren Wachstumsrate von knapp 5 % auf gut 6 % stieg.

Wenn die Wachstumsrate für die Produktion in einem Industriezweig mit seinem Anteil an der gesamten Industrie gewichtet wird, so ergibt sich eine Rangfolge der Beiträge zum Wachstum in der Gesamtindustrie (Abbildung 3). Der stark unter dem Wettbewerb aus dem Ausland stehende Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung¹⁰ lieferte zwar weiterhin den größten Beitrag zum

Wachstum der Industrie, sein Vorsprung vor den anderen Industriezweigen war jedoch nur noch gering. Die stärkste Veränderung in der Rangfolge der Wachstumsbeiträge zeigte sich in der Eisen- und Stahlindustrie, die im Jahre 2001 den vorletzten Platz einnahm, während sie im Jahr davor noch an dritter Stelle rangiert hatte.

Arbeitsmarkt, Preise

Die Lage am Arbeitsmarkt sieht auf den ersten Blick verbessert aus (Tabelle 3). Die Arbeitslosenquote lag Ende 2001 bei 9 % und damit deutlich unter dem Wert ein Jahr zuvor. Allerdings war mit diesem Rückgang keine Zunahme der Beschäftigung verbunden. Die Zahl der Beschäftigten lag unverändert bei 65 Mill. Die Senkung der Arbeitslosenquote ist ausschließlich auf den Rückgang der Zahl von Erwerbspersonen zurückzuführen, die zugleich aus der Arbeitslosenstatistik herausfielen. Allerdings bedeutet diese Entwicklung auch, dass das gesamte BIP-Wachstum auf eine höhere Arbeitsproduktivität, d. h. eine bessere Auslastung der Beschäftigten, zurückzuführen ist.

Der Anstieg der Verbraucherpreise um knapp 19 % im Jahre 2001 bedeutet, dass gegenüber dem Vorjahr kein nennenswerter Fortschritt bei der Inflationsdämpfung erzielt werden konnte (Tabellen 4 und 5). Dies muss per se nicht bedenklich sein, denn es gibt nach wie vor starke Veränderungen bei den relativen Preisen, die durchaus erforderlich sind. Sie können dann ohne absolute Preisrückgänge – und damit leichter – vonstatten gehen, wenn die durchschnittliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise ausreichenden Spielraum lässt, d. h. nicht allzu niedrig ist. Der Zwang zur Kostendeckung bei verschiedenen Dienstleistungen (insbesondere bei öffentlichen Transportmitteln sowie bei Wohn- und Wohnnebenkosten) wird auch weiterhin stärkere Preisanhebungen nötig machen. Im vergangenen Jahr stiegen die Preise für Dienstleistungen bereits um etwa 37 %; für das laufende Jahr hat die Regierung eine Deckelung der Preisanhebungen auf wiederum 35 % beschlossen. Naturgemäß sind solche Maßnahmen politisch umstritten; die erste in diesem Jahr vorgesehene Preisanhebung für öffentliche Transportmittel wurde deshalb jüngst teilweise zurückgenommen.

Insgesamt ist an der weiterhin hohen Inflation vor allem bedenklich, dass sie bei einem nahezu festen Wechselkurs des Rubels stattfindet. Die Kaufkraft des Rubels im Ausland steigt daher, und die Nachfrage richtet sich neuerlich immer mehr auf Importgüter. Nach den gegenwärtigen Ankündigungen dürfte

¹⁰ So ging z. B. die Produktion von Lkw um mehr als 10 % zurück; zugleich kam es zu einer Verdoppelung der Importe von Lkw.

Tabelle 3

Arbeitsmarkt in den Jahren 1992 bis 2001

	Erwerbs- personen	Beschäftigte	Arbeitslose		Registrierte Arbeitslose		Anteil der regis- trierten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen
			in Mill.	Quote in %	in Mill.	Quote in %	
1992	76,0	72,1	3,9	5,1	0,6	0,8	14,9
1993	75,4	70,9	4,5	6,0	0,8	1,1	19,4
1994	74,2	68,5	5,7	7,7	1,6	2,2	28,7
1995	73,0	66,4	6,5	8,9	2,3	3,2	34,7
1996	73,2	66,0	7,3	10,0	2,5	3,4	37,2
1997	72,8	64,6	8,1	11,1	2,0	2,7	24,8
1998	72,2	63,6	8,6	11,9	1,9	2,6	22,1
1999	72,9	64,0	8,9	12,2	1,3	1,8	14,6
2000	72,1	65,0	7,0	9,7	1,0	1,4	14,3
2001							
Januar	72,0	64,9	7,1	9,9	1,1	1,5	15,5
Februar	71,9	64,8	7,1	9,9	1,1	1,5	15,5
März	71,6	64,8	6,8	9,5	1,1	1,5	16,2
April	71,2	64,9	6,4	9,0	1,1	1,5	17,2
Mai	71,0	65,0	6,1	8,6	1,0	1,4	16,4
Juni	71,0	65,1	6,0	8,5	1,0	1,4	16,7
Juli	71,0	65,1	5,9	8,3	1,0	1,4	16,9
August	71,0	65,2	5,8	8,2	1,0	1,4	17,2
September	70,9	65,2	5,7	8,0	1,0	1,4	17,5
Oktober	71,3	65,1	6,2	8,7	1,0	1,4	16,1
November	71,3	65,0	6,3	8,8	1,1	1,5	17,5
Dezember	71,4	65,0	6,4	9,0	1,1	1,6	17,2

1 Alle Angaben zum Ende der Periode.

Quellen: Goskomstat: Russia in Figures, Moskau 1999, S. 79 ff.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar – avgust 2001, S. 219; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 23.01.2002.

DIW Berlin 2002

Hoher Handelsüberschuss
schmilzt

sich dieses Problem im Jahre 2002 verschärfen, denn der Rubel soll nur in sehr geringem Maße weiter abgewertet werden,¹¹ und die wohl eher optimistischen offiziellen Prognosen für den Anstieg der Verbraucherpreise liegen schon bei beträchtlichen 12 % bis 14 %.¹² Bei unveränderten Weltmarktpreisen für rus-

sische Exportgüter dürfte damit ein weiteres rasches Abschmelzen des Handelsbilanzüberschusses die

11 Auf nicht mehr als 31,50 Rubel zum US-Dollar laut Finanzminister Kudrin, zitiert nach <http://www.strana.ru> vom 13. Dezember 2001.
12 Vgl. z. B. The Moscow Times vom 22. Januar 2002.

Tabelle 4

Monatliche Preisentwicklung in den Jahren 1994 bis 2001

Veränderungen gegenüber dem Vormonat in %

	Verbraucherpreise									Industrielle Erzeugerpreise							
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001		1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	1,5	8,5	2,3	2,8		19,0	21,5	3,2	1,1	0,9	6,8	4,0	1,8
Februar	10,7	11,0	2,8	1,5	0,9	4,1	1,0	2,3		15,1	16,9	2,7	1,6	0,5	5,5	3,7	1,7
März	7,4	8,9	2,8	1,4	0,6	2,8	0,6	1,9		10,2	10,8	2,6	1,3	-0,1	3,9	2,6	1,1
April	8,5	8,5	2,2	1,0	0,4	3,0	0,9	1,8		10,6	14,8	2,4	0,8	0,0	3,6	1,6	0,9
Mai	7,0	7,9	1,6	0,9	0,5	2,2	1,8	1,8		6,6	8,9	1,1	0,5	-0,9	3,5	1,7	0,9
Juni	6,0	6,7	1,2	1,1	0,1	1,9	2,6	1,6		8,4	6,1	1,6	0,8	0,0	3,7	2,3	2,0
Juli	5,3	5,4	0,7	0,9	0,2	2,8	1,8	0,5		7,8	6,7	1,2	0,2	-0,8	3,1	3,4	0,9
August	4,7	4,6	-0,2	-0,1	3,7	1,2	1,0	0,0		5,8	6,7	2,1	0,5	-1,2	4,6	1,7	0,0
September	7,9	4,4	0,3	-0,3	38,4	1,5	1,3	0,6		7,3	5,7	1,7	0,1	7,4	5,9	1,9	-0,1
Oktober	15,0	4,7	1,2	0,2	4,5	1,4	2,1	1,1		11,0	4,6	2,8	0,1	5,9	5,5	2,7	0,4
November	14,6	4,5	1,9	0,6	5,7	1,2	1,5	1,4		12,6	2,9	0,9	0,2	5,1	3,9	1,2	0,3
Dezember	16,5	3,2	1,4	1,0	11,6	1,3	1,6	1,6		12,9	1,9	0,8	0,0	4,8	2,2	1,0	0,2

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 153; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 110; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 176, 195 und 196; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g., Moskau 1999, S. 173; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 23.01.2002.

DIW Berlin 2002

Tabelle 5

Entwicklung von Verbraucherpreisen und industriellen Erzeugerpreisen in den Jahren 1991 bis 2001Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %¹

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Verbraucherpreise	160	2510	840	215	131	22	11	84	36,5	20,2	18,6
Nahrungsmittel	171	2570	838	233	123	18	9	96	35,9	17,9	17,1
Alkoholische Getränke	52	2370	655	131	127	53	18	51	43,2	25,0	12,6
Andere Konsumgüter	211	2570	642	169	116	18	8	100	39,2	18,5	12,7
Dienstleistungen	79	2120	2310	522	232	48	23	18	34,0	33,7	36,9
Industrielle Erzeugerpreise	240	3280	895	233	175	26	7	23	67,3	31,6	10,7
Elektrizitätswirtschaft	110	5410	1258	229	199	35	9	3	14,4	39,9	30,2
Brennstoffindustrie	130	9170	634	201	187	40	19	1	134,9	55,2	2,2
Eisen- und Stahlindustrie	240	3520	1086	242	185	16	1	12	89,9	29,2	3,5
NE-Metallurgie	230	5120	558	296	121	12	3	76	115,8	8,7	-10,6
Chemieindustrie	170	3790	848	262	168	18	5	26	43,8	26,8	19,8
Petrochemie	150	5250	672	260	167	24	11	17	66,5	35,8	1,2
Maschinenbau	210	2620	949	230	178	24	9	29	49,6	28,0	16,5
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1920	889	271	174	12	8	43	67,7	24,6	7,7
Baustoffindustrie	210	2710	1145	212	171	34	9	13	37,3	36,6	19,5
Leichtindustrie	370	1160	381	241	163	20	10	44	56,0	22,3	10,9
Nahrungsmittelindustrie	310	2630	971	208	156	22	11	53	62,6	18,6	15,0

¹ Dezember zu Dezember des Vorjahres.

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežogodnik 1996, Moskau 1996, S. 904; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 111, 114 und 125; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 176, 177, 197 und 198; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1998, S. 171, 173, 182 ff.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 1999, S. 120, 131; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 23.01.2002.

DIW Berlin 2002

Folge sein. Die industriellen Erzeugerpreise sind, vor allem bedingt durch die gesunkenen Weltmarktpreise für NE-Metalle und andere Rohstoffe bzw. rohstoffnahe Produkte, deutlich langsamer gestiegen als die Verbraucherpreise.

Haushaltslage vom Ölpreis abhängig

Bis zur Krise von 1998 hatten die katastrophale Situation der öffentlichen Haushalte und die in der Folge rasch steigende Verschuldung des Staates auf dem internationalen Finanzmarkt einen erheblichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Destabilisierung geleistet. Nach der Krise hat sich dieses Bild völlig verändert. Der konsolidierte Haushalt weist nun, im zweiten Jahr in Folge, einen deutlichen Überschuss aus; er belief sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 auf 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts (Tabelle 6). Im Jahresverlauf war er allerdings rückläufig. Die Primärbilanz¹³ fiel mit 6,7 % des Bruttoinlandsprodukts deutlich positiv aus. Damit ist die Finanzpolitik in der aktuellen Phase wirtschaftlicher Abschwächung extrem restriktiv ausgerichtet.

Die Haushaltsentwicklung basiert nicht nur auf der gesamtwirtschaftlichen Dynamik, sondern auch auf steuerrechtlichen Änderungen und Ausgabenbeschränkungen. Relative Ausgabenkürzungen führten

zu einem Rückgang der Staatsquote um 1,6 % im Jahre 2001. Überproportional betroffen von diesen Minderausgaben waren die „zweckgebundenen Fonds“, die vielfach der Abwicklung von Sozialleistungen dienen. Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts – gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt – sind im Vergleich zum Vorjahr sogar gesunken. Rückläufig waren vor allem die Einzahlungen der Unternehmen in die zweckgebundenen Fonds. Dies ist auch eine Konsequenz aus der Umgestaltung der Sozialabgaben zum Jahresbeginn 2001. Die Einnahmen daraus werden offenbar außerbudgetär gebucht;¹⁴ bei fristgerechter Zahlung hätten die Einnahmen aus der Sozialsteuer etwa das 1,5fache des tatsächlichen Aufkommens ausmachen müssen.

Insgesamt stellt die mangelhafte Zahlungsmoral der Steuerpflichtigen weiterhin ein erhebliches Problem dar; es weist auf die immer noch bestehende Ineffizienz der Steuerverwaltungen, aber auch auf mangelnde Durchsetzung föderaler Gesetze hin.

Die mit dem Außenhandel verbundenen Einnahmen stiegen aufgrund steuer- und zollrechtlicher Änderungen („Rohstoffsteuern“) deutlich. Sie machten in

¹³ Einnahmen minus Ausgaben (ohne Zinsausgaben).¹⁴ Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, Nr. 10/2001, S. 174.

Noch Haushaltsüberschüsse

Tabelle 6

Konsolidierter Haushalt

Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 I – III	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 I – III
	In % der Gesamteinnahmen/-ausgaben							In % des BIP						
Einnahmen, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	26,1	24,8	27,3	25,2	26,3	29,9	28,7
Steuereinnahmen														
darunter:														
Körperschaftsteuer	27,0	17,3	14,7	14,5	18,2	19,2	20,2	7,0	4,3	4,0	3,6	4,8	5,7	5,8
Einkommensteuer	8,4	10,1	10,6	10,4	9,7	8,4	9,3	2,2	2,5	2,9	2,6	2,5	2,5	2,7
Verbrauchssteuern	5,6	9,6	9,6	10,5	9,0	8,0	9,0	1,5	2,4	2,6	2,6	2,4	2,4	2,6
Mehrwertsteuer	22,0	25,8	25,7	24,8	23,7	22,0	22,6	5,7	6,4	7,0	6,2	6,3	6,6	6,5
Exportsteuer u. a.	7,1	11,0	13,2	1,9	3,3	3,8
Einnahmen														
aus Staatsvermögen	.	.	1,3	2,0	2,0	3,3	4,5	.	.	0,4	0,5	0,5	1,0	1,3
aus Privatisierung	.	.	3,3	2,5	0,9	0,6	.	.	.
Außenwirtschaft	4,6	3,0	1,6	2,7	3,0	1,8	1,5	1,2	0,7	0,4	0,7	0,8	0,5	0,4
Zweckgebundene Fonds	.	.	7,7	6,6	8,8	10,8	5,7	.	.	2,1	1,7	2,3	3,2	1,6
Sonstige Einnahmen	32,3	34,2	25,5	25,9	25,6	26,6	14,1	8,4	8,5	7,0	6,5	4,9	4,7	4,0
Ausgaben, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	29,4	28,9	32,3	30,9	27,3	6,9	25,3
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	7,4	6,0	6,0	3,1	2,5	3,1	5,7	2,2	1,7	1,9	1,0	0,7	0,8	1,4
Landwirtschaft, Fischerei	4,2	3,9	3,7	2,9	2,8	2,9	2,4	1,2	1,1	1,2	0,9	0,8	0,8	0,6
Transport, Kommunikation	2,7	.	2,8	2,3	2,1	2,1	3,7	0,8	.	0,9	0,7	0,6	0,6	0,9
Sozialkulturelle Zwecke	26,0	28,9	32,2	29,2	29,2	28,5	30,1	7,7	8,4	10,4	9,0	8,0	7,7	7,6
darunter:														
Bildung	11,6	3,4
Gesundheit	8,3	2,4
Soziale Sicherung	4,2	1,2
Verteidigung	9,8	9,8	9,7	7,7	9,2	10,2	10,2	2,9	2,8	3,1	2,4	2,5	2,7	2,6
Verwaltung und Rechtsorgane	7,7	.	10,5	9,1	9,6	11,0	11,3	2,3	.	3,4	2,8	2,6	3,0	2,9
Außenwirtschaft	4,4	4,1	1,3	1,2
Schuldendienst	5,1	6,6	4,9	17,7	15,1	10,2	13,2	1,5	1,9	1,6	5,5	4,1	2,8	3,3
Umweltschutz	.	.	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	.	.	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	5,2	8,0	11,9	6,1	.	.	.	1,6	2,2	3,2	1,6
Sonstige Ausgaben	8,6	40,9	29,7	22,5	21,1	19,7	16,7	2,5	11,8	9,6	7,0	5,8	5,3	4,2
Saldo in % der Ausgaben/ des BIP	-11,2	-14,4	-15,2	-18,4	-3,5	11,1	13,6	-3,3	-4,2	-4,9	-5,7	-1,0	3,0	3,4

Quellen: Goskomstat; Russian Economic Trends; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Steuerreform teilweise
überschätzt

den ersten drei Quartalen 2001 etwa 4 % des Bruttoinlandsprodukts aus und kommen allein dem föderalen Haushalt zugute. Dagegen wird der Einnahmeeffekt, der von der Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 13 % auf persönliche Einkommen ausging, vielfach überschätzt. Die zeitgleiche Einführung der Sozialsteuer hat die beabsichtigte Überführung von Tätigkeiten aus der „Schattenwirtschaft“ in die „offizielle Wirtschaft“ offenbar nicht attraktiv gemacht.¹⁵ Zudem zahlten 95 % der Steuerzahler in der Vergangenheit nur den Eingangsteuersatz von 12 % und lagen damit ohnehin knapp unter dem neuen Steuersatz.

Die steuerrechtlichen Änderungen, die Anfang 2001 in Kraft traten, hatten auch erhebliche Auswirkungen auf die Aufteilung des Steueraufkommens zwischen der Föderation und den nachgeordneten Gebietskörperschaften. Besonders starke Änderungen dieser

Art gab es bei der Aufteilung der Einkommen- und der Mehrwertsteuer. Die Einnahmen des föderalen Haushalts aus der Einkommensteuer gingen deutlich zurück (Tabelle 7), während die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, die wie in Deutschland ein wesentliches Element des Finanzausgleichs sind, stiegen. Formal gibt es in der Russischen Föderation einen vertikalen Finanzausgleich. In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 wurden über dieses Ausgleichssystem 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts als Transfers an die nachgeordneten Gebietskörperschaften gezahlt. Zwar hat damit das Finanzvolumen für den Finanzausgleich für russische Verhältnisse eine Rekordgröße erreicht; dabei bleiben jedoch erhebliche regionale Disparitäten in Bezug auf das Pro-Kopf-Steueraufkommen bestehen.

¹⁵ So der Vorsitzende des Staatlichen Pensionsfonds Zubarov. Zitiert nach Vedomosti vom 17. Dezember 2001.

Tabelle 7

Föderaler Haushalt

Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 I – III	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 I – III
	In % der Gesamteinnahmen/-ausgaben							In % des BIP						
Einnahmen, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	15,1	13,2	13,7	11,1	13,3	16,2	6,9
Steuereinnahmen														
darunter:														
Körperschaftsteuer	17,9	11,5	10,4	11,5	13,2	15,8	14,5	2,7	1,5	1,4	1,3	1,8	2,6	2,5
Einkommensteuer	1,4	1,8	0,5	0,0	3,3	2,4	0,2	0,2	0,2	0,1	0,0	0,4	0,4	0,0
Verbrauchssteuern	7,5	16,0	16,1	17,4	13,8	11,6	12,8	1,1	2,1	2,2	1,9	1,8	1,9	2,2
Mehrwertsteuer	30,9	35,9	37,4	34,6	36,1	33,0	38,2	4,7	4,7	5,1	3,8	4,8	5,4	6,5
Exportsteuer u. a.	14,1	20,3	22,4	1,9	3,3	3,8
Nutzung natürlicher Ressourcen	1,7	1,6	3,0	0,2	0,3	0,5
Außenwirtschaft	.	.	.	5,1	5,7	3,2	2,6	.	.	.	0,6	0,8	0,5	0,4
Einnahmen														
aus Staatsvermögen	1,1	2,5	3,6	0,1	0,4	0,6
aus Privatisierung	2,1	0,3	5,5	5,0	.	.	.	0,3	0,0	0,7	0,6	.	.	.
Zweckgebundene Fonds	9,0	8,2	0,9	1,2	1,3	0,1
Sonstige Einnahmen	40,2	34,6	30,2	26,3	2,0	1,2	2,0	6,1	4,6	4,1	2,9	0,3	0,2	0,3
Ausgaben, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	15,6	14,4	14,7	14,3	14,4	13,7	14,2
Volkswirtschaft	14,3	11,4	12,1	2,2	1,6	1,8
darunter:														
Industrie, Energie, Bauwirtsch.	.	.	.	2,9	2,5	3,7	2,7	.	.	.	0,4	0,4	0,5	0,4
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	0,8	1,4	1,4	1,2	.	.	.	0,1	0,2	0,2	0,2
Transport, Kommunikation	0,2	0,2	2,5	0,0	0,0	0,4
Sozialkulturelle Zwecke	8,2	8,9	16,6	14,7	12,8	13,9	14,4	1,3	1,3	2,4	2,1	1,8	1,9	2,1
Verteidigung	20,6	20,6	21,9	14,6	17,5	20,0	18,2	3,2	3,0	3,2	2,1	2,5	2,7	2,6
Verwaltung und Rechtsorgane	10,2	10,9	14,9	10,4	10,6	13,7	12,5	1,6	1,6	2,2	1,5	1,5	1,9	1,8
Schuldendienst	.	.	.	27,4	24,5	18,0	22,5	.	.	.	3,9	3,5	2,5	3,2
Umweltschutz	0,4	0,4	0,3	0,1	0,1	0,0
Finanzausgleichszahlungen	9,3	10,6	18,3	1,3	1,5	2,6
Zweckgebundene Fonds	8,3	10,2	0,9	1,2	1,4	0,1
Sonstige Ausgaben	46,7	48,1	34,6	29,2	20,9	18,1	7,4	7,3	7,0	5,1	4,2	3,0	2,5	1,0
Saldo in % der Ausgaben/ des BIP	-3,4	-8,4	-7,3	-22,2	-8,0	18,2	19,2	-0,5	-1,2	-1,1	-3,2	-1,2	2,5	2,7

Quellen: Goskomstat; Russian Economic Trends; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Ein Berg von Schulden(dienst)

Der Überschuss des föderalen Haushalts belief sich im Jahre 2001 auf 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts;¹⁶ er wird teilweise zur Bildung von Rücklagen in Fremdwährung verwendet („Stabilisierungsfonds“).¹⁷ Erklärtes Ziel der Regierung ist, den für 2003 veranschlagten Schuldendienst von jetzt noch 20 Mrd. US-\$ entweder in Teilen vorzeitig zu leisten oder besser zu bewältigen; es werden dann nämlich allein 16 Mrd. US-\$ in Form von Eurobonds fällig. Ein Zahlungsausfall würde angesichts der „cross default“-Regelung bei derartigen Anleihen katastrophale Auswirkungen auf die sich ohnehin nur langsam erholende Reputation der Russischen Föderation auf den internationalen Finanzmärkten haben.¹⁸

Nach den neuesten Eckdaten für 2002 wird ein Überschuss des föderalen Haushalts erwartet: Einnahmen in Höhe von 19,4 % des Bruttoinlandsprodukts stehen Ausgaben von 17,8 % gegenüber. An der Senkung des maximalen Körperschaftsteuersatzes von

35 % auf 24 %, die zum Jahresbeginn in Kraft trat, wurde festgehalten.¹⁹ Nunmehr werden grundsätzlich 7,5 % als föderale Steuer auf den Gewinn der Unternehmen erhoben; in die lokalen Haushalte fließen weitere 2 Prozentpunkte.²⁰ Der Rest geht an die Regionen. Diesen wird eine gewisse Flexibilität bei der Gestaltung ihrer Steuersätze zugestanden: Sie können 10,5 bis 14,5 Prozentpunkte betragen. Zugleich

¹⁶ Beim Primärüberschuss waren es nach ersten Angaben des russischen Finanzministeriums zum Gesamtjahr 4,9 % des BIP; zitiert nach <http://www.opec.ru> vom 22. Januar 2002.

¹⁷ In den Stabilisierungsfonds sollen Deviseneinnahmen bis zu einer Höhe von 3,5 Mrd. US-\$ fließen. Er dient nicht nur der Vorsorge für den fälligen Schuldendienst, sondern die teilweise Abschöpfung der Devisenzufüsse soll auch stabilisierend auf die Geldmengen- und Wechselkursentwicklung wirken.

¹⁸ Vgl. C. Buch, R. P. Heinrich, L. Lusinyan, M. Schrooten: Russia's Debt Crisis and the Unofficial Economy. In: DIW-Discussion Paper, Nr. 208, und Kiel Working Paper, Nr. 978.

¹⁹ Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 33/2001.

²⁰ Zuletzt war von einem Steueramortatorium die Rede, mit dem die Stabilität der Steuersätze für einen Zeitraum von fünf Jahren gesichert werden sollte.

Körperschaftsteuerreform:
zwei Seiten

mit der Senkung des maximalen Körperschaftsteuersatzes sind allerdings zahlreiche Möglichkeiten für Sonderabschreibungen und andere Steuervergünstigungen abgeschafft worden. Wie sich dies auf das Steueraufkommen auswirkt, bleibt abzuwarten.

Die ständigen Revisionen der Haushaltsansätze für das Jahr 2002 machen die Abhängigkeit der Haushaltslage von der Ölpreisentwicklung deutlich. Die Besteuerung der Ölgewinnung soll zunächst – von 2002 bis 2004 – von der Ölpreisentwicklung auf dem Weltmarkt abhängig sein. Von 2005 an soll der Satz dann 16,5 % betragen.²¹ Eng damit verbunden ist – nach einer Phase wiederholter Anhebung und Zurücknahme – die zum 1. Februar 2002 in Kraft getretene deutliche Senkung der Ölexportsteuer auf 8 US-\$ je Tonne.²² Ferner wurde die Steuer auf natürliche Ressourcen regional vereinheitlicht. Vor dem Hintergrund der Ölpreisentwicklung, aber auch angesichts des sich abkühlenden gesamtwirtschaftlichen Klimas sind die Haushaltsansätze mit erheblichen Risiken verbunden. Käme es zu Einnahmeausfällen, wäre letztlich auch der Schuldendienst wieder gefährdet.²³

Monetäre Stabilisierung trotz fehlender Instrumente?

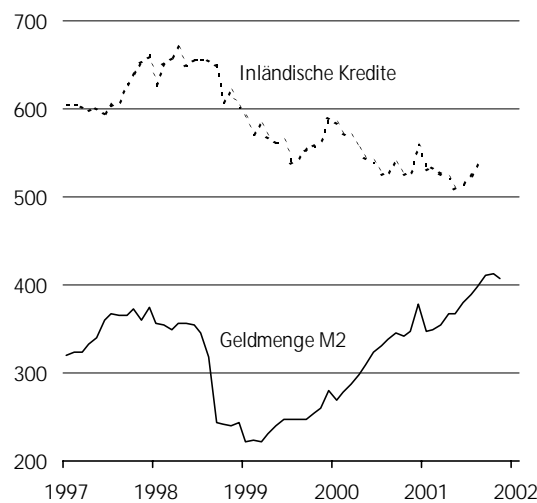
Seit Jahren wird die unzureichende Monetisierung der russischen Volkswirtschaft beklagt. Tatsächlich ist der Monetisierungsgrad, gemessen an der Relation von Geldmenge M2 zum Bruttoinlandsprodukt, nach der Finanzkrise auf etwa 17 % gestiegen; zuvor waren es etwa 13 %. Damit liegt die russische Volkswirtschaft aber immer noch deutlich hinter den Volkswirtschaften der Transformationsländer, die einen Beitritt zur Europäischen Union anstreben. In der Russischen Föderation expandierte die Geldmenge M2 im Jahre 2001 (Stand vom November) nominal um etwa 40 % gegenüber dem Vorjahreswert; die Bargeldmenge wurde im gleichen Zeitraum sogar um etwa 50 % ausgeweitet. Auch real hat die Geldmenge seit der Finanzkrise deutlich zugelegt (Abbildung 4). Getrieben wurde die Geldmengenexpansion von den Devisenzuflüssen, die zu einem deutlichen Anstieg der Nettoauslandsaktiva führten. Die heimische Kreditvergabe ist dagegen in der Tendenz eher rückläufig. Bei deutlich ausgeweiteter Kreditvergabe an den Privatsektor geht dieser Effekt vorrangig auf eine steigende Einlagenbildung der Regierung bei der Zentralbank zurück (nominal +40 %). Mit diesen Reserven soll auch das Polster (Stabilisierungsfonds) für den künftigen Schuldendienst geschaffen werden. Insgesamt gehen von der restriktiv ausgerichteten Fiskalpolitik derzeit starke Stabilisierungsimpulse aus.

Der in der Vergangenheit festgestellte direkte Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Preisent-

Abbildung 4

Geldmenge und Kredite 1997 bis 2001¹

In Mrd. Rubel zu Preisen von 1997



¹ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex.

Quellen: International Monetary Fund (IMF): International Financial Statistics on CD-ROM, Washington, D. C., 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

wicklung scheint nun durchbrochen: Im Jahre 2001 lag die durchschnittliche Inflation bei etwa 20 % und damit deutlich unter den Zuwachsraten der Geldmenge, aber auch der Nominallöhne. Dies bedeutet, dass es im Zuge der wirtschaftlichen Erholung zu einem Anstieg der realen Geldnachfrage gekommen ist. Nach wie vor verfügt die russische Zentralbank nur bedingt über marktgestützte Instrumente zur geldpolitischen Steuerung: Der seit November 2000 bei 25 % verharrende Refinanzierungszins ist faktisch irrelevant für die Refinanzierung der Geschäftsbanken, die über eine erhebliche Überschussliquidität verfügen. Darauf deutet einerseits die große Differenz zwischen Interbanken- und Refinanzierungszins hin (Abbildung 5), andererseits aber auch die deutliche Zunahme von Einlagen der Banken bei der Zentralbank. Der Mangel an marktbasierenden Instrumenten zur geldpolitischen Steuerung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der heimische Anleihenmarkt 1998 mit der Finanzkrise faktisch zusammengebrochen ist. Bis heute kann die Zentralbank, abgesehen von Devisenmarktinterventionen, nur begrenzt auf Offenmarktoperationen zurückgreifen.

²¹ Bank of Finland, Russian & Baltic Economies (BOFIT), The Week in Review, Nr. 31/2001.

²² Sie hatte vor einem Jahr noch 48 Euro betragen und wurde zusammen mit der Senkung auf US-Dollar umgestellt.

²³ Die Haushaltsplanungen unterstellen für das Jahr 2002 ein Wirtschaftswachstum von 4,3 % und eine durchschnittliche Inflationsrate von 12 %.

Ölpreis beeinflusst Exportsteuer ...

... und Geldmengenentwicklung

Reale Aufwertung

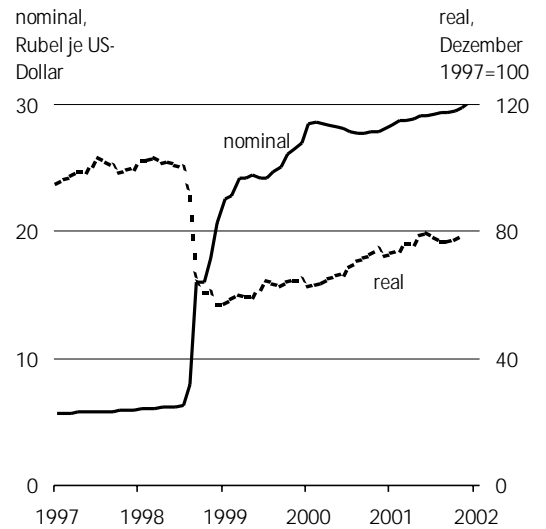
Starke Devisenzuflüsse, die vor allem auf die zeitweilige Ölpreishausse zurückgingen, erlaubten der Zentralbank in Verbindung mit Devisenmarktinterventionen de facto eine Rückkehr zur Politik des „Wechselkursankers“. Erleichtert wurde dies durch die Umtauschpflicht für Devisenerlöse²⁴, auch wenn diese zwischenzeitlich gelockert wurde, sowie durch den Aufbau von Devisenreserven und die Schaffung des Stabilisierungsfonds. In der Folge wertete der Rubel gegenüber dem US-Dollar nominal nur geringfügig ab. Wegen der im Vergleich zu westlichen Handelspartnern wesentlich höheren russischen Inflationsraten ist es seit etwa Mitte 2000 zu einer realen Aufwertung sowohl gegenüber dem US-Dollar wie auch gegenüber dem Euro gekommen (Abbildung 6). Dies wiederum hat realwirtschaftliche Konsequenzen: Der noch von der Finanzkrise und der nachfolgenden starken Abwertung herrührende Wettbewerbsvorteil russischer Produzenten verringert sich stetig.

Finanzsektor bleibt fragil

Die Bankenreform ist auch nach der Finanzkrise im Jahre 1998 nicht nennenswert vorangekommen. Dies hemmt die Entwicklung des Finanzmarktes. Zwar konnte der Aufschwung bislang direkt durch einbe-

Abbildung 6

Wechselkurs¹ des Rubels zum US-Dollar 1997 bis 2001



¹ Realer Wechselkurs berechnet auf der Grundlage der Verbraucherpreise. Ein Anstieg entspricht einer realen Aufwertung der russischen Währung.

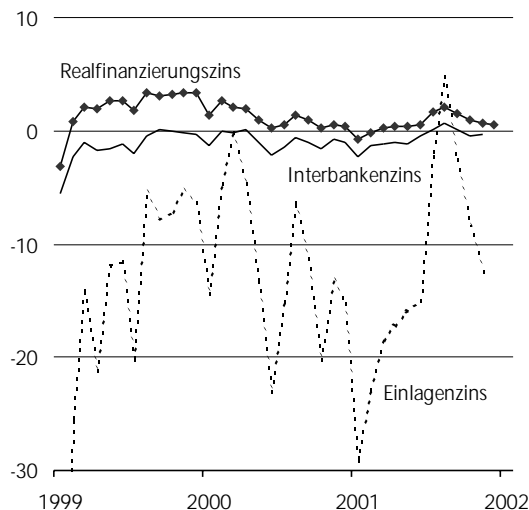
Quellen: International Monetary Fund (IMF): International Financial Statistics on CD-ROM, Washington, D. C., 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Abbildung 5

Realzinssätze¹ 1999 bis 2001

In % per annum



¹ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (monatliche Inflationsrate auf Jahresbasis). Einlagenzinssatz = Zinssatz auf privaten Bankkonten mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. Refinanzierungs- und Geldmarktzinssätze: Durchschnittswerte.

Quellen: International Monetary Fund (IMF): International Financial Statistics on CD-ROM, Washington, D. C., 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

haltene Gewinne des Unternehmenssektors finanziert werden. Eine derartige Eigenfinanzierung der Investitionen ist auch in hoch entwickelten Volkswirtschaften von herausragender Bedeutung. Allerdings können die Ersparnisse der privaten Haushalte ohne einen funktionsfähigen Finanzmarkt nur begrenzt zur Investitionsfinanzierung herangezogen werden. Damit bleiben erhebliche Teile der heimischen Finanzressourcen ungenutzt. Zugleich ist die Umverteilung vorhandener Finanzressourcen auch innerhalb des Unternehmenssektors nicht gewährleistet. Dies hat insbesondere dann negative Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, wenn aktuelle Gewinn-situation und Investitionsbedarf im Unternehmenssektor auseinander fallen.

Der Bankensektor wird von wenigen, teilweise in staatlichem Eigentum befindlichen Geschäftsbanken dominiert, wengleich die Bedeutung der ausländischen Geschäftsbanken zugenommen hat. Die Zahl der Geschäftsbanken ist nach der Finanzkrise geschrumpft (1. August 1998: 1 547, 1. Juli 2001: 1 281 Geschäftsbanken). Die 1 000 kleinsten Banken haben in der Summe einen Marktanteil von nur 0,6%. Eine Besonderheit des krisengeschüttelten russischen Bankensektors ist, dass „Staatsbanken“ wie die Sberbank über eine informelle („implizite“)

²⁴ Siehe Abschnitt „Institutionelle Entwicklung“.

staatliche Einlagensicherung verfügen. Damit haben sie in Bezug auf die Attrahierung von Ersparnissen einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen, auch ausländischen Geschäftsbanken. Eine aktuelle Bilanzanalyse zeigt, dass die zehn größten russischen Geschäftsbanken sich in einer äußerst heterogenen Geschäftslage befinden (Tabelle 8). Zum Teil weisen sie beachtliche Gewinne aus. Noch vor der eigentlichen Bankenreform scheinen wichtige Geschäftsbanken die in der Vergangenheit entstandenen „faulen“ Kredite weitgehend abgeschrieben zu haben. Von 2005 an soll ein Mindesteigenkapital von 5 Mill. Euro verbindlich für alle Banken gelten. Dies würde zahlreichen Geschäftsbanken eine deutliche Aufstockung des Eigenkapitals abverlangen; aus heutiger Sicht ist daher mit einer weiteren Konsolidierung des Geschäftsbankensektors zu rechnen.

Institutionelle Entwicklung

Deutliche Zeichen wurden zur Verbesserung von Institutionen gesetzt. Im Jahresverlauf 2001 wurden neue Regelungen zum Schutz der Eigentumsrechte getroffen und die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert. Insbesondere wurden das neue Erbrecht, das neue Bodenrecht sowie Gesetze zur Verminderung von staatlicher Einmischung und Bürokratie erlassen.²⁵ Über die Verabschiedung von Gesetzen hinaus ist jedoch wichtig, dass bestehendes Recht angewendet wird. Fraglich ist vor allem, ob die Regionen föderales Recht tatsächlich umsetzen. Erst bei einer breiten Implementation werden sich wirkungsvolle institutionelle Fortschritte erzielen lassen.

Eigentumsrechte

Eine entscheidende Änderung der Eigentumsordnung wird zum 1. März 2002 eingeleitet, wenn mit dem Inkrafttreten des dritten Teils des Zivilgesetzbuchs erstmals umfangreiche Möglichkeiten zur Vererbung geschaffen werden.²⁶ Bereits im Herbst 2001 wurde das neue Bodengesetz verabschiedet.²⁷ Der Kauf, Verkauf und die Beleihung u. a. von industriell genutzten Flächen sind nun grundsätzlich erlaubt.²⁸ Dem Gesetz unterliegen zwar nur etwa 2 % der Gesamtfläche. Es hat dennoch Signalwirkung: Erstmals seit rund 80 Jahren ist privates Eigentum an Grund und Boden in Russland wieder zugelassen. Positiv ist auch zu bewerten, dass mit der Verabschiedung des neuen Bodenrechts eine Vielzahl von Präsidialdekreten und Regierungsentscheidungen außer Kraft gesetzt wurden und sich somit die rechtliche Transparenz tendenziell erhöhen kann. Allerdings sind noch weitere gesetzliche

²⁵ Darüber hinaus wurde eine umfassende Justizreform eingeleitet, die u.a. Änderungen am Verfassungsgerichtsgesetz und am Justizsystem sowie an der Strafprozessordnung vorsieht. Vgl. Federal'nyj konstitucionnyj zakon „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Federal'nyj konstitucionnyj zakon „O Konstitucionnom Sude Rossijskoj Federacii“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 51/2001, S. 10743 ff.; Federal'nyj konstitucionnyj zakon „O vnesenii dopolnenija i izmenenij v Federal'nyj konstitucionnyj zakon „O sudebnoj sisteme Rossijskoj Federacii“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 51/2001, S. 10746 f.; Federal'nyj zakon „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v zakon Rossijskoj Federacii „O statute sudej v Rossijskoj Federacii“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 51/2001, S. 10800 f.; Federal'nyj zakon „O vvedenii v dejstvie Ugolovno-processual'nogo kodeksa Rossijskoj Federacii“. <http://giod.consultant.ru/doc.asp?ID=9940> (verfügbar am 25. Januar 2002).

²⁶ Vgl. Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii. Čast' Tret'ja. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 49/2001, S. 1041 ff.

²⁷ Vgl. Zemel'nyj Kodeks Rossijskoj Federacii. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 44/2001, S. 9175 ff.

²⁸ Eine Regelung über die landwirtschaftlich genutzten Flächen soll in den nächsten Monaten folgen.

Gesetzgeberischer Elan

Tabelle 8

Die zehn größten russischen Banken

Rang		Eigenkapital	Forderungen	Eigenkapital	Gewinne vor Steuern	Gewinne		Risiko-gewichtetes Eigenkapital nach BIZ-Kriterien ¹	Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite
		Mill. US-\$		in % der Forderungen	Mill. US-\$	in % des Durchschnittskapitals	in % der Forderungen		
1	Vneshtorgbank-Bank for Foreign Trade	1 428	4 201	34,0	177	17,7	4,2	27,0	2,0
2	Sberbank-Savings Bank of the Russian Federation	970	19 668	4,9	585	69,7	3,0	10,5	n.v.
3	Gazprombank	647	2 937	22,0	91	18,6	3,1	n.a.	n.v.
4	International Industrial Bank	323	706	45,8	53	n.v.	7,6	46,5	0,1
5	Globexbank	242	576	42,1	0	n.v.	0,1	n.v.	n.v.
6	Sobinbank	236	515	45,8	14	5,7	2,7	n.v.	n.v.
7	Rosbank	223	1 339	16,6	59	n.v.	4,4	20,8	1,2
8	MDM Bank	201	986	20,4	87	58,7	8,8	24,7	0,6
9	Nacional'nyj Reserвныйj Bank	129	454	28,4	5	n.v.	1,1	n.v.	n.v.
10	Alfa Bank	120	1 882	6,4	80	151,6	4,2	n.v.	6,5

¹ Eigenkapital in % der nach den BIZ-Kriterien risikogewichteten Forderungen.

Quelle: The Banker, 151/910 (Dezember 2001).

Ergänzungen nötig, bevor das neue Bodenrecht umgesetzt werden kann. Zu klären ist, wie mit bereits verkauften Flächen umzugehen ist. Ferner stellt sich die Frage, wie weit das Bodenrecht auf kommunaler Ebene durchgesetzt werden kann.²⁹

Investitionsklima im Zentrum

Der Stärkung des privaten Sektors gegenüber dem öffentlichen dient das im Sommer 2001 in Kraft getretene Gesetz zum Schutz von Unternehmen bei staatlichen Kontrollen.³⁰ Durch das Gesetz sollen u. a. Kompetenzüberschreitungen von Kontrollbehörden verhindert werden; die kontrollierten Unternehmen sind über die Gründe der Kontrolle sowie deren Ausgang zu informieren. Weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Bürokratie und zur Verbesserung des Investitionsklimas sind neue rechtliche Regelungen zur Lizenzierung und Registrierung von Unternehmen.³¹ Mit Wirkung zum 1. Februar 2002 wurden die bislang etwa 500 lizenzpflichtigen Unternehmensfelder auf etwa 120 reduziert. Das Gesetz zur Registrierung, das zum 1. Juli 2002 in Kraft treten wird, regelt die Kompetenzen der für die Registrierung zuständigen Instanzen und vereinfacht das Registrierungsverfahren.³²

Bedeutung des Mittelstands ...

Von den neuen rechtlichen Regelungen wird ein positiver Effekt u. a. auf die Gründung kleinerer Unternehmen erwartet. Deren Anzahl ist nach Angaben des Statistischen Amtes weiter gesunken. Im Sommer 2001 waren 842 200 Kleinunternehmen registriert, etwa 30 000 weniger als ein Jahr zuvor.³³ Die Kleinunternehmen beschäftigen nur rund 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Zur tatsächlichen Situation des mittelständischen Sektors gibt es widersprüchliche Angaben: Einerseits wird anhand von neueren Erhebungen behauptet, dass die sinkende Zahl von Kleinunternehmen auf den Marktaustritt ineffizienter Unternehmen zurückzuführen sei. Kleine Firmen würden mittlerweile sogar effizienter als große Unternehmen wirtschaften und eine über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitsproduktivität aufweisen.³⁴ Andererseits wird jedoch berichtet, dass Kleinunternehmen ohnehin nur schwer zu erfassen sind und die untersuchten Unternehmen unterdurchschnittlich zur Produktion beitragen würden.³⁵ Auch wenn widersprüchliche Informationen zur Geschäftstätigkeit vorliegen, so weisen angesichts der noch geringen Bedeutung von Kleinunternehmen die eingeleiteten Schritte zur Senkung bürokratischer Einmischung und zur Erleichterung des Marktzutritts in die richtige Richtung. Die Regierung hat weitere Fördermaßnahmen, u. a. finanzielle Unterstützungen und Steuervereinfachungen, angekündigt.³⁶

... und von Aktionärsrechten erkannt

Mit Wirkung zum 1. Januar 2002 sind Änderungen im Gesetz über die Aktiengesellschaften in Kraft getreten.³⁷ Die Pflicht zur Aufbewahrung und Weitergabe von Informationen wurde erhöht; Aktionäre, die gemeinsam 25 % der Aktien halten, muss

Einblick in die Buchhaltung gewährt werden. Ferner wurde, wenn die Aktionärsversammlung keine Frist gesetzt hat, ein Zeitlimit für die Dividendenzahlung eingeführt. Schließlich wurden die Rechte der Aktionäre bei der Entscheidung über Aktienemissionen gestärkt und Altaktionäre bei der Neuemission von Aktien besser geschützt; eine Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Aktien erfordert nun eine Zustimmung von drei Vierteln der Stimmen der Aktionärsversammlung.³⁸ Insgesamt werden durch die genannten Änderungen die bislang unzureichend geschützten Rechte von Kleinaktionären gestärkt.

Trotz der von 1992 bis 1994 durchgeführten Voucherprivatisierung und der in den darauf folgenden Jahren getätigten Verkäufe von Staatsunternehmen ist der Staat noch immer bedeutender Eigentümer von Produktivvermögen. Zum Stichtag 1. September 2001 besaß er Anteile an über 4 300 Kapitalgesellschaften.³⁹ Wie in den Vorjahren wurde auch im vergangenen Jahr die Privatisierung in der zweiten Jahreshälfte forciert (Tabellen 9 und 10).⁴⁰ Nach

29 Die Verteilung des Eigentums an Boden auf Föderation und nachgeordnete Gebietskörperschaften wurde grundsätzlich durch das so genannte Zuordnungsgesetz geklärt, das bereits im Sommer 2001 verabschiedet wurde und im Januar 2002 in Kraft trat. Vgl. „O razgranichenii gosudarstvennoj sobstvennosti na zemlju“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 30/2001, S. 6009 ff. Für den Bodenpreis wurden in Abhängigkeit von der Bevölkerungszahl eine Ober- und eine Untergrenze festgesetzt. In bevölkerungsreichen Städten darf er höchstens das 30fache der jährlichen Bodensteuer betragen; in bevölkerungsarmen Gebieten muss es mindestens das Dreifache sein. Die Regierung kann einen Koeffizienten zwischen 0,7 und 1,3 festlegen. Vgl. Federal'nyj zakon „O vvedenii v dejstvie Zemel'nogo kodeksa Rossijskoj Federacii“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 44/2001, S. 9236 ff.

30 Vgl. Federal'nyj zakon „O zaschite prav juridičeskich lic i individual'nyh predprinimatelej pri provedenii gosudarstvennogo kontrolja (nadzora)“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 33/2001, S. 7011 ff.

31 Vgl. Federal'nyj zakon „O gosudarstvennoj registracii juridičeskich lic“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 33/2001, S. 6992 ff.

32 Das Investitionsklima soll auch durch einen so genannten Corporate-Governance-Kodex verbessert werden, auf dessen Einhaltung sich Unternehmen freiwillig verpflichten. Ein von der Wertpapierkommission vorgelegter Entwurf ist jedoch im Diskussionsstadium stecken geblieben.

33 Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar – avgust 2001, S. 129.

34 Vgl. Finansovaja Rossija vom 25. Oktober 2001.

35 Vgl. The Moscow Times vom 23. Oktober 2001, S. 5.

36 Allerdings ist bislang die Wirkung der vier von 1994 bis 2001 aufgelegten föderalen Programme zur Förderung von Kleinunternehmen eher gering einzustufen. Diese Programme hatten nur ein geringes Finanzvolumen. Im letzten Programm wurden für die Förderung von Kleinunternehmen lediglich 90 Mill. Rubel bereitgestellt. Der tatsächlich ausgezahlte Betrag soll nach Presseberichten noch deutlich darunter gelegen haben.

37 Vgl. Federal'nyj zakon „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Federal'nyj zakon „Ob akcioner'nych obščestvach“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 33/2001, S. 6906 ff. Vgl. auch Bank of Finland, Russian & Baltic Economies (BOFIT), The Week in Review, Nr. 33/2001.

38 Die neuen Bestimmungen zu den Kompetenzen der Aktionärsversammlung, zu denen u. a. Entscheidungen über Kapitalerhöhungen und -minderungen sowie über die Reorganisation und die Liquidation des Unternehmens gehören, traten schon im Sommer 2001 in Kraft.

39 Vgl. Argumenty i fakty, Nr. 39/2001.

40 So sind die hohen Privatisierungseinnahmen im Jahre 2000 überwiegend auf die in der zweiten Jahreshälfte getätigten Verkäufe von Anteilen an den Ölunternehmen Onako und Lukoil zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2001 wurden Anteile an 850 Unternehmen privatisiert (vgl. Tabelle 9). Die Privatisierungserlöse summierten sich bis zur Jahresmitte auf etwa 2,8 Mrd. Rubel (vgl. Tabelle 10); dies sind nur 44 % der im Vorjahreszeitraum erzielten Einnahmen. Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar – jul' 2001, S. 142, RFE/RL vom 27. September 2001.

Tabelle 9

Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen (Objekte) in den Jahren 1992 bis 2001

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 1. Halb- jahr	Insgesamt
Insgesamt	46 815	42 924	21 905	10 152	4 997	2 743	2 129	1 536	2 274	850	136 325
davon vormals im Eigentum der Kommunen	.	26 340	11 108	6 960	3 354	1 821	1 544	1 134	.	.	.
der Föderationssubjekte	.	9 521	5 112	1 317	715	548	321	298	.	.	.
der Föderation	.	7 063	5 685	1 875	928	374	264	104	.	.	.

Quellen: Goskomstat Rossij: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 2001 g., S. 124; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' – ijul' 2001 g., S. 146.

DIW Berlin 2002

vorläufigen Schätzungen erreichten die Einnahmen im Jahre 2001 über 40 Mrd. Rubel.⁴¹ Für das Jahr 2002 ist geplant, Anteile an 363 Unternehmen zu privatisieren und Privatisierungserlöse von bis zu 35 Mrd. Rubeln zu erzielen.⁴² Dabei sollen überwiegend Anteile an jenen Unternehmen verkauft werden, an denen der Staat eine Beteiligung von bis zu 25 % des Kapitals hält. Die unter Minderheitsbeteiligung des Staates geführten Unternehmen sind nach Angaben des Ministeriums für Eigentumsbeziehungen im Vergleich zu rein privaten wie auch zu rein staatlichen Unternehmen wenig effizient; in den „gemischten“ Unternehmen sind offenbar die Abstimmungsprozesse zwischen den Eigentümern schwierig und langwierig. Eine Privatisierung gemischter Unternehmen kann daher die Unternehmensführung verbessern, auch wenn hierdurch keine deutliche Abnahme des staatlichen Eigentumsanteils bewirkt wird. Allerdings bleibt weiterhin eine Privatisierung staatlicher Unternehmen notwendig. Negativ ist daher zu werten, dass auch das neue Privatisierungsgesetz, das im Dezember 2001 vom Föderationsrat angenommen wurde und voraussichtlich im Frühjahr 2002 in Kraft treten wird, die

Privatisierung von Unternehmen so genannter strategischer Bereiche (u. a. Strom- und Gassektor) von der Zustimmung der Regierung abhängig macht.

Versorgungs- und Verkehrsmonopole

Die Demonopolisierung wird nur zögerlich verfolgt. Der Elektrizitätssektor soll umstrukturiert und für den Wettbewerb geöffnet werden. Eine erste Reformphase soll bis 2004 dauern.⁴³ Bereits geändert wurden die Zuständigkeiten der Preisregulierungsbehörde. Die Kompetenzen der für die Elektrizitätspreise zuständigen föderalen Energiekommission

Privatisierung geht weiter

⁴¹ Vgl. RFE/RL vom 11. Dezember 2001.

⁴² Vgl. Argumenty i fakty, Nr. 39/2001.

⁴³ Während dieser Phase soll auch eine föderale Netzbetreiber-gesellschaft aufgebaut werden, die jedoch zunächst im Eigentum des Stromkonzerns Vereinigte Energiesysteme steht (vwd Russland vom 22. November 2001, S. 2, sowie The Moscow Times vom 28. Januar 2002). Vgl. zur Reform im Elektrizitätssektor: Postanovlenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii „O reformirovanii elektroenergetiki Rossijskoj Federacii“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 29/2001, S. 5948 ff., sowie „Razporjaženie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 33/2001, S. 7330 ff.

Tabelle 10

Einnahmen aus der Privatisierung in den Jahren 1993 bis 2001

In Mrd. Rubel

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 1. Halb- jahr
Insgesamt	0,36	0,98	3,57	2,81	24,7	17,5	12,1	41,2	2,8
davon									
Föderation	0,07	0,12	1,14	0,90	18,0	15,0	8,5	31,3	0,9
Föderationssubjekte	0,10	0,18	0,52	0,42	3,3	0,9	1,9	5,3	0,8
Kommunen	0,13	0,40	0,96	0,91	0,7	1,0	0,9	1,4	0,8
Sonstige	0,06	0,29	0,95	0,58	2,7	0,6	0,8	3,2	0,3

Quellen: Goskomstat Rossij: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 2001 g., S. 124; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' – ijul' 2001 g., S. 146.

DIW Berlin 2002

Streitpunkt Tarife

wurden erweitert und eine neue föderale Preisagentur gegründet, die nun u. a. die Strom-, Gas- und Bahntarife festlegt.⁴⁴ Damit soll auch die autonome Preissetzung durch Regionen eingedämmt werden. Im Januar 2002 wurde eine Anhebung der Bahntarife um 16 % zum 15. Februar, der Stromtarife um 20 % zum 1. März und der Gaspreise um 20 % zum 15. März beschlossen; weitere Tarifierhebungen bei Strom und Gas sollen im Jahresverlauf vorgenommen werden.⁴⁵ Zwar ist geplant, neue Haushaltstarife u. a. für Strom und Wärme einzuführen, bisherige Subventionen abzuschaffen und an einkommensschwache Haushalte Transfers zu zahlen.⁴⁶ Jedoch wurde die Übergangsphase bis zur endgültigen Einführung neuer Tarifstrukturen, die zunächst auf drei Jahre konzipiert war, bis 2010 verlängert.⁴⁷ Insgesamt werden also notwendige Schritte zur Demopolisierung und zu kostendeckender Preisbildung neuerlich hinausgeschoben. Zudem ist es wiederum fraglich, ob die Regionen den föderalen Vorgaben überhaupt folgen werden.

Andere Reformbereiche

Zähe Bankenreform

Im Finanzsektor besteht nach wie vor erheblicher Reformbedarf. Die Überarbeitung des Gesetzes über den Wertpapiermarkt ist noch nicht abgeschlossen.⁴⁸ Zur Reform des Bankensektors wurden im Jahresverlauf 2001 Vorschläge u. a. von der Zentralbank sowie vom Unternehmer- und Bankenverband unterbreitet. Uneinigkeit bestand dabei über das Tempo der Reform, den Umgang mit noch staatlichen sowie nicht überlebensfähigen Banken. Nach langem Diskussionsprozess hat die Regierung am Jahresende den Vorschlag der Zentralbank angenommen. Diese konnte sich bei der Verschärfung der Mindestkapitalanforderungen allerdings nur teilweise durchsetzen.^{49, 50}

Rentenreform nun auch in Russland

Die Probleme im Finanzsektor werden sich negativ auf die Umsetzung der zum Jahresanfang 2002 in Kraft getretenen Rentenreform auswirken.⁵¹ Künftig soll die individuelle Altersversorgung neben einer steuerfinanzierten Grundrente und einer über Pflichtbeiträge des Arbeitgebers finanzierten lohnabhängigen Rente auch aus einer durch individuelle Ersparnisse finanzierten Rente bestehen. Es wird also eine Mischung aus Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren angestrebt. Für Letzteres sind jedoch weitere gesetzliche Voraussetzungen (u. a. Gesetz über Pensionsfonds) zu schaffen.

Arbeitsrecht nicht mehr ‚sowjetisch‘

Am 1. Februar 2002 ist das neue Arbeitsgesetzbuch in Kraft getreten.⁵² Es regelt die Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Eingeführt wurde die 40-Stunden-Woche. Der Mindestlohn muss das Existenzminimum si-

chern.⁵³ Arbeitnehmer haben das Recht, die Arbeit vorübergehend niederzulegen, falls – wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war – der Lohn nicht fristgerecht gezahlt wird.

Im Außenwirtschaftsrecht wurde mit Wirkung vom Sommer 2001 an der obligatorische Zwangsumtausch von 75 % der Exporteinnahmen in Fremdwährung auf 50 % zurückgenommen und damit auf das vor der Finanzkrise von 1998 gültige Niveau gesenkt.⁵⁴ Dies wird als Signal einer Außenhandelsliberalisierung gewertet.

Im institutionellen Bereich hat sich die Regierung für die mittelfristige Perspektive viel vorgenommen.⁵⁵ Die privaten Eigentumsrechte sollen weiter gestärkt, die staatliche Bürokratie eingedämmt und

⁴⁴ Vgl. Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii „O vnesenii izmenenija v Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 29 nojabrja 1995 g., Nr. 1194, „O Federaral'noj energetičeskoj komissii Rossijskoj Federacii“. In: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 37/2001, S. 7765 ff.

⁴⁵ Zuvor war eine Anhebung der Gaspreise um 35 %, der Stromtarife um 32 % und der Bahntarife um 26 % beschlossen und dann wieder zurückgenommen worden. The Moscow Times vom 15. Januar 2002.

⁴⁶ Vgl. Bank of Finland, Russian & Baltic Economies (BOFIT), The Week in Review, Nr. 31/2001.

⁴⁷ Bis dahin wird für die Kostenbelastung der Haushalte eine für die jeweilige Region gültige Obergrenze festgelegt; diese liegt bei 22 % des durchschnittlichen Einkommens eines Haushaltes. Allerdings soll in einigen Städten, darunter in Moskau, die Anpassung der Tarife schneller erfolgen. Vgl. Bank of Finland, Russian & Baltic Economies (BOFIT), The Week in Review, Nr. 1/2002.

⁴⁸ Allerdings konnte Ende November 2001 das Gesetz über Investitionsfonds verabschiedet werden. Es enthält u. a. Bestimmungen über die gesetzlich zulässigen Typen von Investitionsfonds, deren Funktionsweise sowie Publizitätspflichten. Ferner definiert es die Kompetenzen der staatlichen Aufsichtsbehörde und schafft die Möglichkeit zur ergänzenden Selbstregulierung. Vgl. Federal'nyj zakon „Ob investicionnyh fondach“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 49/2001, S. 10096 ff.

⁴⁹ The Moscow Times vom 6. Dezember 2001. Die Regierung hatte im Sommer 2001 noch eine umfassendere Reform angekündigt: So sollte die Privatisierung noch staatlicher Banken angegangen, der Marktzutritt für Ausländer erleichtert und auch das Insolvenzrecht konsequent angewandt werden. Vgl. Rasporjaženie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii „O programme social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii na srednesročnuju perspektivu (2002–2004)“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 31/2001, S. 3651 f.

⁵⁰ Auf internationalen Druck hat Russland im Sommer 2001 ein Gesetz über Geldwäsche erlassen, das am 1. Februar 2002 in Kraft getreten ist. Dieses sieht eine Meldepflicht der Banken bei Geschäften über 600 000 Rubel vor. Begründet wurde eine beim Finanzministerium angesiedelte Kontrollbehörde. Vgl. Federal'nyj zakon „O protivodejstvii legalizacii (otmyvaniju) dochodov, polučennych prestupnym putem“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii „Ob upolnomočennom organe po protivodejstviju legalizacii (otmyvaniju) dochodov, polučennych prestupnym putem“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 45/2001, S. 9373 ff.

⁵¹ Federal'nyj zakon Rossijskoj Federacii „O gosudarstvennom pensionnom obespečenii v Rossijskoj Federacii“; Federal'nyj zakon Rossijskoj Federacii „O trudovyh pensijach v Rossijskoj Federacii“; Federal'nyj zakon Rossijskoj Federacii „Ob objazatel'nom pensionnom strachovanii v Rossijskoj Federacii.“ In: Rossijskaja gazeta vom 20. Dezember 2001.

⁵² Vgl. Trudovoj kodeks Rossijskoj Federacii. In: Rossijskaja gazeta vom 31. Dezember 2001.

⁵³ Nicht festgelegt wurde allerdings, wie das Existenzminimum zu berechnen ist.

⁵⁴ Vgl. Federal'nyj zakon „O vnesenii izmenenij v nekotorye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii, zatragivajuščie voprosy valjutnogo regulirovanija“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 33/2001, S. 7005 f.

⁵⁵ Vgl. Rasporjaženie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii „O programme social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii na srednesročnuju perspektivu (2002–2004)“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 31/2001, S. 3295 ff.

das Investitionsklima verbessert werden.⁵⁶ Zwar sind diese Vorsätze zu begrüßen. Es kommt aber vor allem darauf an, eingeleitete Maßnahmen konsequent umzusetzen. Zögerliche Reformvorhaben – wie im Finanzsektor – sind zu überdenken.

Fazit

Erfreuliche Reformanstrengungen

Die russische Reformpolitik war im vergangenen Jahr von energischen Bemühungen geprägt, auf dem Weg breit angelegter institutioneller Veränderungen ein attraktiveres Investitionsklima für heimische wie für ausländische Unternehmen zu schaffen. Weitere Reformmaßnahmen werden entweder in Kürze folgen oder befinden sich im Planungsstadium. All diese Anstrengungen sind in der Tat dringend erforderlich, denn das Investitionsklima in Russland lässt nach wie vor zu wünschen übrig.

Dennoch Wachstumsverlangsamung

Ungeachtet dessen konnte aber die russische Wirtschaft im abgelaufenen Jahr ein kräftiges Wachstum vorweisen, auch wenn es gegenüber dem Vorjahr schon deutlich geringer ausfiel. Die Wachstumsverlangsamung ging bei den wichtigen Anlageinvestitionen noch wesentlich rascher vor sich. Ein kritischer Aspekt der Wachstumsabschwächung ist nach Einschätzung des DIW Berlin der neuerliche Rückgang der Unternehmensgewinne; diese hatten sich bald nach der Finanzkrise von 1998 explosionsartig entwickelt, gingen aber im vergangenen Jahr wieder absolut zurück. Die drei Faktoren, die für die Aufwärtsentwicklung der Unternehmensgewinne nach der Krise verantwortlich waren – Abwertung des Rubels, Reallohnsenkung und Ölpreisanstieg –, verursachen nun auch den Rückgang: Der russische Rubel wertet am Devisenmarkt real wieder kontinuierlich auf, d. h. vor allem, dass Importgüter für russische Verbraucher schnell erschwinglicher werden – mit der Folge eines Importbooms. Zugleich wachsen die Reallöhne schon seit gut zwei Jahren mit Raten von etwa 20%. Damit ist der Kostenvorteil, der dem Unternehmenssektor durch den Reallohnrückgang nach der Krise von 1998 entstanden war, fast völlig wieder aufgezehrt worden. Als dritter Faktor ist der starke Rückgang der Weltmarktpreise für Energieträger zu nennen.

Konsum- und Importboom ...

... aber Gewinnklemme

Auch wenn die Gewinnsituation in Russland noch komfortabel sein mag, so ist der kräftige Gewinnrückgang doch als höchst beunruhigend anzusehen. Denn den Gewinnen kommt in Russland auch die Funktion zu, Mängel des Investitionsklimas zu überspielen; die Gewinne müssen also eine hohe Risikoprämie enthalten. Zudem gibt es keine verlässlichen Anzeichen dafür, dass die umfangreiche Kapitalflucht (von geschätzten 20 Mrd. US-\$ pro Jahr) nachgelassen hätte. Diese wird zu einem Großteil

aus den Unternehmensgewinnen gespeist; und wenn diese zurückgehen, dann werden vor allem die Unternehmensinvestitionen zurückgefahren, kaum aber die Kapitalflucht. Nicht unerwähnt bleiben darf schließlich, dass sinkende Unternehmensgewinne auch in den öffentlichen Haushalten deutliche Spuren hinterlassen.

Die Entwicklung der Weltmarktpreise für Energieträger kann von der russischen Politik nur in geringem Maße beeinflusst werden. Anders verhält es sich mit dem Wechselkurs des Rubels und der Lohnentwicklung. Der nominale Wechselkurs soll, wie schon im vergangenen Jahr, auch im laufenden kaum sinken. Angesichts einer „geplanten“ Inflationsrate von deutlich über 10% und einer zu erwartenden Rate, die wohl näher bei 20% liegen dürfte, ist eine weitere reale Aufwertung programmiert – und damit auch eine Fortsetzung des Importbooms, der angesichts der exorbitanten Lohnsteigerungen immer stärker Verbrauchsgüter erfassen wird. Dem könnte sich die Politik durchaus entgegenstellen. Zum einen wäre ein etwas weniger ambitioniertes Wechselkursziel überlegenswert. Zum anderen könnte die Lohnentwicklung im „gemischten“ und im öffentlichen Sektor, die auch als wichtige Orientierungsgröße für die Lohnentwicklung im rein privaten Sektor dient, von staatlicher Seite beeinflusst werden. Dennoch hat die Politik hier bislang nichts unternommen, und im laufenden Jahr soll die staatlich beeinflussbare Einkommensentwicklung im bisherigen Tempo weitergehen. Der Handelsbilanz- und Leistungsbilanzüberschuss wird daher weiter rasch sinken, auch wenn er derzeit noch als beruhigend hoch angesehen werden mag.

Eine solche Politik muss darauf vertrauen, dass es gelingen wird, Verbesserungen des Investitionsklimas in einem ausreichenden Tempo herbeizuführen, so dass vor allem die Kapitalflucht zumindest gestoppt, besser aber rasch in ihr Gegenteil, einen umfangreichen Zustrom von ausländischen (Direkt-) Investitionen, verkehrt werden kann. Anstrengungen sind im Gange und verdienen Anerkennung. Dazu zählt auch das Streben nach einem raschen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO).

Dennoch ist zu fragen, warum es die russische Politik unterlässt, der Erosion der Gewinne stärker entgegenzuwirken. Regierungsvertreter argumentieren meist, das rasche Wachstum vor allem der Lohnnein-

⁵⁶ Hinsichtlich ausländischer Investitionen sollen u. a. die Bestimmungen zum Production-sharing verbessert werden. Insbesondere sollen regionale Sonderregelungen abgeschafft und föderationsweit einheitliche Regelungen eingeführt werden. Zum Production-sharing vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: Russlands Aufschwung in Gefahr. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/2000, S. 863.

Risiken

kommen sei angesichts des niedrigen Lebensstandards nicht nur angemessen, sondern auch der entscheidende Faktor hinter dem erfreulich hohen Wirtschaftswachstum. Der gleichzeitige Rückgang der Gewinne sei dagegen unerheblich. Eine alternative Erklärung könnte darin liegen, dass die russische Politik zu beträchtlichen Risiken bereit ist und sich zutraut, rechtzeitig vor dem Eintreten wirklich kritischer Entwicklungen erfolgreich gegenzusteuern. Nicht auszuschließen ist aber als eine dritte Möglichkeit, dass die russische Politik von einer beachtlichen Bereitschaft – oder gar einem erheblichen Zwang – zu kurzzeitigem Populismus geprägt ist, der statt auf maßvolle Steigerungen des Lebensstandards (etwa im Tempo des BIP-Wachstums von 5 %) auf rasche, sehr deutlich fühlbare Verbesserungen (mit einem Reallohnwachstum von 20 %) setzt. Welche Erklärung auch immer zutreffen mag: Abzusehen ist, dass eine Fortsetzung der gegenwärtig ungleichgewichtigen Entwicklung mit erheblichen

Risiken für das weitere Wirtschaftswachstum einhergeht.

Insgesamt sind Verbesserungen der institutionellen Rahmenbedingungen in Russland unverkennbar. Zu kritisieren ist aber die mangelhafte Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen, insbesondere in den russischen Regionen. Sie stellt allerdings nur eine Seite der Problematik dar. Seltener diskutiert wird, dass viele neue Regelungen entweder in sich widersprüchlich sind oder in Widerspruch zu bestehenden Gesetzen stehen und daher nach Inkraftsetzung wegen schnell offensichtlich werdender Dysfunktionalitäten nicht angewendet werden können. Insofern, als mit der fehlenden Implementierung neuer Regelungen auch deren Dysfunktionalitäten vermieden werden, ist jenem Mangel sogar eine positive Seite abzugewinnen. Jedenfalls sollte klar sein, dass die Verbesserung des Investitionsklimas auch in Zukunft nur langsam vor sich gehen wird.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern – Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). Euro 34,-/sFr 60,-.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). Euro 38,-/sFr 67,-.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). Euro 76,-/sFr 131,-.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). Euro 56,-/sFr 97,-.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle – Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). Euro 58,-/sFr 100,-.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). Euro 52,-/sFr 90,-.
- Nr. 168 **E-Commerce – Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). Euro 56,-/sFr 97,-.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). Euro 58,-/sFr 100,-.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). Euro 74,-/sFr 128,-.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). Euro 46,-/sFr 81,-.



Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dieter Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). Euro 72,- /sFr 124,-.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg – Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). Euro 80,- /sFr 138,-.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gh Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). Euro 68,- /sFr 117,-.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg – Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). Euro 68,- /sFr 117,-.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). Euro 102,- /sFr 176,-.
- Heft 185 **Kommunal финанzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). Euro 76,- /sFr 131,-.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau – Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). Euro 69,- /sFr 119,-.
- Heft 187 **Prognose des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre 2020.** Von Uwe Kunert und Heike Link. 145 S. 2001. (3-428-10704-7). Euro 72,- /sFr 124,-.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Kurt Geppert
Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,- /sFR 182,-
Einzelnnummer Euro 10,- /sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin